

## 23/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

### Helmut Kohl zog positive Bilanz

# Wir sind auf einem guten Weg

Kurz vor seinem Urlaubsantritt hat Bundeskanzler Helmut Kohl eine positive Bilanz der Regierungspolitik gezogen. Die wirtschaftliche Entwicklung sei gut, und in der Außenpolitik habe es wichtige Weichenstellungen gegeben, sagte Kohl vor der Bundespressekonferenz (21. Juli 1988) in Bonn. Zugleich kündigte er die Gründung einer ständigen Nationalen Europa-Konferenz an, in der Unternehmensverbände und Gewerkschaften über die Vorbereitung des für 1992 geplanten gemeinsamen EG-Binnenmarktes beraten sollen. Der Kanzler gab folgende Erklärung ab:

Ich bin zu diesem Gespräch aber vor allem deshalb gekommen, weil ich glaube, daß wir uns gegenwärtig in einer Phase wichtiger außenpolitischer Weichenstellungen befinden:

- Auf dem Wirtschaftsgipfel in Toronto wurden Wege zu einem stabilen weltweiten Wachstum und zur Erleichterung der Schuldenlast der Dritten Welt verabredet. Soweit das möglich war, hat die Bundesregierung entsprechende Entscheidungen bereits getroffen.
- Der Europäische Rat in Hannover hat der Europa-Politik neue Schwungkraft verliehen und konkrete Ziele gewiesen. Ich jedenfalls habe jetzt keinen Zweifel daran, daß wir das Datum für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes — Ende 1992 — werden einhalten können.

### HEUTE AKTUELL

#### ● Heiner Geißler

Was die Steuerreform wirklich bringt. Seite 7

#### ● Konjunktur

Exportchancen deutscher Unternehmen besser als erwartet/Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages. Seite 8

#### ● Europa

Brief von EG-Präsident Jacques Delors an die Deutschen. Seite 27

#### ● KPV

Auch in den nächsten Jahren steigen die kommunalen Steuereinnahmen. Seite 32

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Das Gesamtangebot der Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

#### ● Olympia '88

Jetzt für Aktionen einplanen: Olympia-Kalender mit Riesen-Spielposter. Seiten 34/35

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

- Die 19. Alluniions-Konferenz der KPdSU hat den Kurs Generalsekretärs Gorbatschow bestätigt, Staat und Wirtschaft seines Landes zu reformieren und dabei mehr Offenheit nach innen und außen zu ermöglichen. Wir begrüßen dies sehr.

- Der kürzliche Gipfel des Warschauer Paktes hat weitere Annäherungen in den Positionen von West und Ost erbracht. Einige haben diesen Gipfel so kommentiert, daß die Sowjetunion wieder einmal gegenüber dem Westen die Initiative ergriffen habe und daß der Westen sich nicht zu einer einheitlichen, geschweige denn schnellen Antwort entschließen könne.

Diese Sicht ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß der Westen in den letzten Monaten unübersehbare positive Signale gesetzt hat; und wir verzeichnen mit Genugtuung, daß der Warschauer Pakt jetzt auf sie eingeht.

**Wir sind entschlossen, auf diese Entwicklung positiv einzugehen und den konstruktiven Dialog und die breitgefächerte Zusammenarbeit zu verstärken.**

- Der NATO-Gipfel hat konventionelle Stabilität zwischen Atlantik und Ural als Schlüsselproblem der europäischen — und damit auch der deutschen — Sicherheit hervorgehoben und auf Verhandlungen, wenn irgend möglich noch in diesem Jahr, gedrängt.

Wir begrüßen ausdrücklich, daß dies jetzt auch der Warschauer Pakt in einem Gipfeldokument bekräftigt. Die Bundesregierung hat ihr Konzept und ihre Verhandlungsvorschläge bereits im Februar im Bundessicherheitsrat beschlossen und in die Bündnisberatungen eingeführt.

- Gemeinsames Ziel der Bundesregierung und ihrer Verbündeten ist es auch, das Wiener KSZE-Folgetreffen baldmöglichst mit einem substantiellen und ausgewogenen Ergebnis abzuschließen.

Ich begrüße ausdrücklich, daß die Staaten des Warschauer Paktes sich jetzt zu einem „Maximum an konstruktiven Anstrengungen“ bereit erklären. Ihr Wort muß sich jetzt am Wiener Verhandlungstisch bewähren; auf beiden Seiten müssen den Worten Taten folgen.

Ich begrüße auch, daß der Warschauer Pakt sich dem **Umwelt-Thema** jetzt auf höchster politischer Ebene stellt. Ich habe gerade hier immer wieder Zusammenarbeit angeboten — nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen nach Tschernobyl.

Ich begrüße ferner, daß auf Grund meiner Initiative gegenüber Generalsekretär Andropow im Sommer 1984 mittlerweile eine gesamteuropäische Umweltkonferenz stattgefunden hat. Die Bundesregierung hat inzwischen auch mit fast allen Warschauer-Pakt-Staaten zweiseitige Umweltschutzabkommen abgeschlossen oder vorbereitet.

Wenn das Warschauer Gipfel-Kommuniqué davon spricht, die Menschenrechte zu gewährleisten „bei Achtung der Souveränität der Staaten und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten“, so kann dies für uns Deutsche nicht heißen, daß wir für die Achtung der Menschenrechte überall in der Welt — und selbstverständlich auch im Bereich des Warschauer Paktes — nicht mehr eintreten: **Menschenrechte sind legitimes Thema der internationalen Politik.**

Ich begrüße es deshalb, daß sich die ungarische Führung dieses Themas in besonderer Weise annehmen will. Gerade im Blick auf den 40. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen am 10. Dezember dieses Jahres kommt dieser Absicht besondere Bedeutung zu.

## Zum Moskau-Besuch

Abrüstung, Wirtschaft, Umwelt und die Gesamtpalette der deutsch-sowjetischen Beziehungen stehen auf der Tagesordnung meines Besuches in der Sowjetunion im Herbst. Ich reise mit der Absicht,

- an die Zeiten konstruktiver Zusammenarbeit in der langen Geschichte beider Völker anzuknüpfen: einer Geschichte die — was oft vergessen wird — zum weitaus überwiegenden Teil geprägt war vom Geist des Miteinander, des Austauschs und der Zusammenarbeit;
- eine neue Phase dauerhafter und zukunftsorientierter Zusammenarbeit einzuleiten und, wenn irgend möglich,
- dazu beizutragen, die günstigen Tendenzen, die wir heute zu Recht zwischen West und Ost feststellen, unumkehrbar zu machen.

In diesem Sinn würdige ich,

- daß die Sowjetunion ihre Außenpolitik gegenüber wichtigen westlichen Partnern, nicht zuletzt gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, neu bestimmt und
- daß die sowjetische Bereitschaft zu humanitären Fortschritten deutlich wächst: Die Zahl der Ausreisegenehmigungen steuert in diesem Jahr einem neuen Rekord entgegen. Bereits zur Jahresmitte haben wir mit 16 468 Ausreisen die Zahl des Vorjahres — 14 500 — übertrroffen.

Bundesanßenminister Hans-Dietrich Genscher wird am 1. und 2. August in Moskau mit seinem sowjetischen Kollegen, Außenminister Schewardnadse, meine Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow eingehend vorbereiten.

Bei alledem gilt, daß das Gewicht unseres Landes um so größer ist, je fester wir in der westlichen Wertegemeinschaft — im Nordatlantischen Bündnis und in der

Europäischen Gemeinschaft — verankert sind.

## Zur wirtschaftlichen Entwicklung

Auf wirtschaftlichem Gebiet können wir zur Jahresmitte feststellen, daß sich die Konjunktur nicht nur vorübergehend gefestigt hat. Vielmehr deuten alle Indikatoren darauf hin, daß wir auch in den kommenden Monaten mit einer guten Wirtschaftsentwicklung rechnen können:

- So lagen die Auftragseingänge in der Industrie im Mai real um gut 10 Prozent über dem Stand des Vorjahrs.
- Bei den Einzelhandelsumsätze belief sich die Steigerung im Mai auf über sechs Prozent.
- Selbst in der Bauwirtschaft, die mit erheblichen Anpassungsproblemen fertig werden muß, konnten zuletzt rund fünf Prozent mehr Aufträge als im Vorjahr hereingenommen werden.
- Und — um ein weiteres Beispiel zu nennen —: die deutsche Automobilindustrie meldet gerade eine glänzende Halbzeitbilanz für das laufende Jahr — mit 2,5 Millionen produzierten Fahrzeugen.

Wenn Sie dann noch hinzunehmen, daß die Verbraucherpreise nahezu stabil und die Unternehmensinsolvenzen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um mehr als 12 Prozent zurückgegangen sind, dann zeigt sich sehr deutlich, daß der Konjunkturtrend klar nach oben gerichtet ist.

Diese positive Wirtschaftsentwicklung wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus: So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 1983 um rund eine Million gestiegen; davon sind übrigens 660 000 Frauen, die einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben.

Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute und internationale Organisationen wie die OECD haben auf Grund dieser Veränderungen ihre Prognosen

erkennbar nach oben revidiert. Aus heutiger Sicht kann für 1988 mit einem Wachstum des realen Bruttonsozialprodukts von gut 2 bis 2,5 Prozent gerechnet werden.

Daß diese positive Entwicklung alles andere als selbstverständlich ist, zeigt die Rückblende auf die sich gegenseitig überbietenden Negativ-Prognosen zur Jahreswende 1987/1988; ich brauche nur an die Fehleinschätzungen der SPD zu erinnern. Die Einschätzung der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht vom Januar dieses Jahres mit +1,5 bis +2 Prozent für 1988 ist damals von vielen als bloße Propaganda abgetan worden. Heute kann ich feststellen, daß die im Jahreswirtschaftsbericht dargestellte Politik — insbesondere die vorübergehende Inkaufnahme höherer Haushaltsdefizite und die Steuersenkung 1988 — wesentlich zur positiven Entwicklung in diesem Jahr beigetragen hat.

### Zu den Reformvorhaben

Auf der politischen Tagesordnung dieser Legislaturperiode stehen außerordentlich wichtige und weitreichende Reformvorhaben:

- die große Steuerreform, die jetzt verabschiedet worden ist;
- die Gesundheitsreform und die Postreform, die sich in der parlamentarischen Beratung befinden;
- und die Rentenreform, über deren Eckpunkte wir nach der Sommerpause sehr bald entscheiden werden.

Ich bin fest entschlossen, diese Reformwerke — so wie angekündigt — in dieser Legislaturperiode anzugehen und das Gesetzgebungsverfahren abzuschließen. Natürlich weiß ich, daß das nicht ohne Schwierigkeiten geht.

Eine der Schwierigkeiten besteht einfach darin, daß diese Legislaturperiode durch das Wahljahr 1990 außerordentlich belastet ist. Wir werden im Jahre 1990 acht

Wahlen haben: die Bundestagswahl, die Landtagswahlen in Bayern, in Niedersachsen, an der Saar und in Nordrhein-Westfalen und drei Kommunalwahlen. Für die Arbeit des Parlaments ist dies eine ungeheure Belastung, und ich muß alles daransetzen, um alle geplanten Reformen noch vorher durchzusetzen. Ich will bei dieser Gelegenheit betonen, daß diese Projekte auch deshalb unaufschiebbar sind, weil uns nicht mehr viel Zeit bis zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes bleibt. Wir müssen die Zeit zwischen Ende 1990 und Ende 1992 nutzen, um das, was noch zu tun ist — und es wird eine Menge schwieriger Fragen geben —, zu erledigen; ich erwähne hier nur das Thema Unternehmensbesteuerung.

Daß die erheblichen Veränderungen bei Steuern und Sozialversicherung keinen politischen Spaziergang bedeuten würden, war angesichts der Vielfalt der betroffenen Interessen zu erwarten.

**Gerade der zu befürchtende massive Widerstand war für die heutige Opposition während ihrer Regierungszeit offenbar Grund genug, beispielsweise die notwendige Reform unserer Sozialversicherung nicht anzugehen. Eine frühere Lösung dieser Probleme wäre ohne Zweifel einfacher und finanziell leichter gewesen.**

Fast überall da, wo Reformbedarf bestand, ist die Vorgängerregierung untätig geblieben. Daß wir jetzt in vielen Bereichen — gerade auch im Blick auf den europäischen Binnenmarkt — unter Zeitdruck geraten sind, hat genau damit zu tun, daß die notwendigen Entscheidungen nicht früher eingeleitet wurden.

Genauso unbestritten ist, daß — wie es eine gewiß nicht regierungsfreundliche große Wochenzeitung treffend formuliert — die SPD in der Steuerpolitik „Kritik ohne eigenes Konzept betreibt“.

Auch wenn manche bewußt davon ablen-

ken wollen — die Tatsachen lassen sich auf Dauer nicht verdrehen. Denn trotz der maßvollen Anhebung einiger Verbrauchssteuern wird die Entlastung für die Arbeitnehmer 1990 im Schnitt unter dem Strich dreimal höher sein als die Belastung.

## Zum Industriestandort Deutschland

Über den Produktionsstandort Bundesrepublik Deutschland ist bei uns in den letzten Monaten viel geredet, bisweilen auch lamentiert worden. Viele im Ausland verstehen diese eher „typisch deutsche“ Diskussion nicht, weil sie den internationalen Vergleich vor Augen haben. Dabei werden für die Bundesrepublik Deutschland stets

- die hohe Ausbildungsqualität,
- die breite Qualifizierung der Arbeitnehmer,
- die erhebliche Forschungsintensität,
- die hervorragende Infrastruktur
- und vor allem die soziale und politische Stabilität

als unbestreitbar wichtige Standortvorteile für alle, die hier investieren wollen, hervorgehoben.

Klar ist natürlich auch, daß wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ständig verbessern müssen, damit die hohe Standortqualität der Bundesrepublik aufrechterhalten bleibt — insbesondere mit Blick auf die schärfster werdende internationale Konkurrenz.

Wir tun dies auf vielfältige Weise, unter anderem durch die genannten Reformen der Steuern und der Sozialversicherung sowie durch unsere Politik für Europa.

## Zum europäischen Binnenmarkt

Der europäische Binnenmarkt, dem wir unter der deutschen Präsidentschaft ein gutes Stück näher gekommen sind, ist auch ein entscheidender Beitrag zur Sicherung unserer internationalen Wett-

bewerbsfähigkeit und damit zur Sicherung unserer Zukunft. Er wird Wachstumsimpulse auslösen und neue Arbeitsplätze schaffen; darauf hat Jacques Delors in Hannover noch einmal nachdrücklich hingewiesen.

Die Herausforderung Binnenmarkt werden wir dann gut bestehen können, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte — die Repräsentanten der Wirtschaft ebenso wie die Gewerkschaften — an dieser Aufgabe mitwirken. Der soziale Dialog ist für mich daher — wie ich schon in Hannover hervorgehoben habe — ein unverzichtbarer Begleiter auf dem Weg nach Europa.

Deshalb werde ich im Herbst Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften zu einer „Nationalen Europa-Konferenz“ einladen. Mit dieser ständigen Einrichtung möchte ich ein nationales Forum schaffen, auf dem zentrale europäische Fragen im Lichte deutscher Interessen gemeinsam beraten werden sollen, um so den Übergang in den großen europäischen Binnenmarkt 1992 zu erleichtern — für unsere Unternehmen, für unsere Arbeitnehmer und für unsere Verbraucher.

## Zum Aussiedlerproblem

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Thema kurz ansprechen, das mir besonders am Herzen liegt. Die Zahl der Aussiedler, vor allem aus der Sowjetunion, Polen und Rumänien, ist seit Mitte 1987 sprunghaft angestiegen: Kamen 1986 noch ca. 42 000 und 1987 noch rd. 86 000, so werden es in diesem Jahr über 160 000 Personen sein. Diese Entwicklung markiert den Erfolg der nachdrücklichen und beständigen Anstrengungen der Bundesregierung, den Deutschen in den Aussiedlungsgebieten zu helfen.

Die Eingliederung der Aussiedler ist eine nationale Aufgabe. Wir dürfen nicht vergessen, daß Aussiedler Deutsche sind — und zwar Deutsche, die unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges besonders stark

und besonders lang zu leiden hatten und heute noch leiden.

Zur Aufnahme und Eingliederung der Aussiedler steht ein gut eingespieltes Verfahren zur Verfügung, in dem Maßnahmen des Bundes, der Länder, Gemeinden, Verbände und Kirchen ineinander greifen.

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Zuständigkeit besondere Anstrengungen unternommen. So hat sie 1987 und 1988 bereits ca. 150 Mill. DM überplanmäßig für Eingliederungszwecke zur Verfügung gestellt. Sie hat auf meine Anregung hin am 8. Juni 1988 erklärt, gemeinsam mit den Ländern alle zur dauerhaften Gewährleistung der Eingliederung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Die von der Bundesregierung eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe „**Sonderprogramm Aussiedler**“ hat am 14. Juli 1988 ihre Arbeit mit dem Ziel aufgenommen, im Zusammenwirken mit den Ländern, Gemeinden und Verbänden in kurzer Zeit ein Sonderprogramm zur Eingliederung der Aussiedler zu entwickeln. Das Bundeskabinett wird bereits im September 1988 die Ergebnisse der Arbeitsgruppe beraten.

Weiterhin werde ich in einer Gesprächsrunde mit den Ländern und anderen Beteiligten, wie kommunalen Spitzenverbänden, karitativen Organisationen, Landsmannschaften und Gewerkschaften, diese Frage erörtern.

Ziel muß sein, daß die Aussiedler, die zu uns kommen, möglichst bald eine neue Heimat finden, und daß die hierfür notwendigen wirtschaftlich-finanziellen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden. Für mich ist jedoch entscheidend, daß die Bürger unseres Landes sich dieser Landsleute mit offenem Herzen und mit Bereitschaft zur täglichen Mithilfe annehmen.

Die meisten von uns haben ja noch irgendeine Erinnerung, zumindest aus der Erzählung anderer, an die ungeheuren Lasten, die die Gründergeneration unserer Bundesrepublik mit der Eingliederung der Flüchtlinge auf sich genommen hat.

Ich weiß, daß eine beachtliche Zahl von Leuten heute fragt: Was sollen wir mit all den Menschen, die jetzt zu uns kommen? Ich kann dazu nur sagen: Ich habe nicht das geringste Verständnis für diesen Mangel an Solidarität. In der Nachkriegszeit, also unter weitaus schwierigeren Umständen als heute, war eine solche Eingliederung möglich.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Wenn wir uns gemeinsam dieser nationalen Aufgabe stellen, dann können wir die Probleme, die auf uns zukommen, sehr rasch und unbürokratisch bewältigen.

## **Europawahl am 18. Juni 1989**

Jetzt ist es amtlich: Die Europawahl findet in der Bundesrepublik Deutschland am Sonntag, 18. Juni 1989 statt. Die Kandidatennominierungen der einzelnen Landesverbände müßten in der Zeit von Oktober bis Dezember 1988 erfolgen.

## **Karlspreis für Kohl und Mitterrand**

Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Präsident François Mitterrand erhalten den diesjährigen Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen. In der Begründung heißt es, daß damit das Wirken der beiden Politiker und die konsequente Verfolgung des Ziels der europäischen Einigung gewürdigt werden sollten.

Heiner Geißler:

# Was die Steuerreform wirklich bringt

In den meisten Bundesländern haben die Sommerferien begonnen. Viele werden in diesen Tagen zu ihrem wohlverdienten Urlaub ins Ausland starten. Wie im letzten Jahr, werden sie auch diesmal zusammen mit den anderen 28 Millionen Bundesbürgern im Urlaub ungefähr 50 Milliarden Mark ausgeben. Ist dies das Ergebnis der Umverteilung von unten nach oben, von der die SPD ständig spricht?

Zur Zeit ziehen die Sozialdemokraten und ihre Hilfsgruppen durch die Lande und versuchen den Eindruck zu erwecken, als ob bei der vor zwei Wochen verabschiedeten Steuerreform die Entlastungen der Bürger durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern wieder aufgehoben würden. Was bringt die Steuerreform wirklich?

Die Steuerreform bringt 50 Milliarden Mark netto Gesamtentlastung für alle Bürger. 500 000 Steuerpflichtige werden künftig überhaupt keine Steuern mehr zahlen, z. B. viele Verkäuferinnen in Kaufhäusern und im Supermarkt. Bisher war es für Handwerker, mittelständische Unternehmer und Facharbeiter mit einem Einkommen von 40 000 bis 50 000 Mark fast günstiger, ihren Nettolohn an den Staat abzuführen und die Abzüge zu behalten, weil sie bei jeder Lohnerhöhung von 100 Mark über 50 Prozent an die öffentliche Hand abführen mußten: 40 Mark Steuern und außerdem die Sozialabgaben. Nach 1990 zahlen sie nicht mehr 40 Mark, sondern weniger als 30 Mark an das Finanzamt.

Richtig ist: Die Verbrauchssteuern mußten um 8 Milliarden Mark erhöht werden. Das Geld wird vor allem für die EG und die Durchsetzung des Europäischen Binnenmarktes bis 1992 benötigt, der dann mit seinen 320 Millionen Verbrauchern vor allem unserer exportorientierten Wirtschaft und damit der Sicherung von Arbeitsplätzen nützt. Und vielleicht werden die deutschen Urlauber die Mineralölsteuererhöhung nach ihrem Urlaub im europäischen Ausland anders beurteilen als vorher. Denn in Italien z.B. kostet der Liter Normalbenzin rund 2 DM, in Frankreich 1,50 DM und bei uns 92 Pfennig.

Von folgenden Tatsachen kann sich jeder deutsche Urlauber im Ausland überzeugen: Wir haben die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub, die stabilste Währung, die niedrigsten Preise und die höchsten Sozialleistungen. Und durch die Steuerreform werden die Bürger 50 Milliarden Mark mehr in der Tasche haben. Wann hat es das schon gegeben, daß durch gesetzliche Maßnahmen der Staat weniger und die Bürger mehr Geld erhalten?

Wenn die Deutschen aus dem Auslandsurlaub zurückkehren, werden sie wieder einmal festgestellt haben, wie gut es ihnen insgesamt geht. Und auch die Vorteile des Steuerreformpaketes werden deutlicher, wenn der Pulverdampf der vergangenen Auseinandersetzungen verzogen ist.

## DIHT-Umfrage:

# Exportchancen deutscher Unternehmen 1988 besser als erwartet

**„Die deutschen Warenausfuhren in die Außenhandelskammer-Länder werden 1988 um etwa drei Prozent gegenüber 1987 zunehmen. Ein Exporteinbruch, der um die Jahreswende 1987/88 vielfach befürchtet worden war, ist demnach nicht zu erwarten.“ Dies ist das Ergebnis der letzten DIHT-Umfrage bei den deutschen Außenhandelskammern vom Juni 1988.**

Die Aussichten für den deutschen Außenhandel haben sich wieder aufgehellt. Die Erschütterungen nach dem Börseneinbruch vom 19. Oktober 1987 halten sich in engeren Grenzen als noch zu Jahresbeginn erwartet. Unsicherheiten über den Wechselkurs- und Konjunkturverlauf haben sich abgebaut.

Insgesamt bleibt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf ihren Auslandsmärkten 1988 unverändert gut. Ein deutlicher Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit als Folge der teilweise erheblichen DM-Aufwertung schlägt nicht voll durch. Im Qualitäts- und Technologiewettbewerb behaupten deutsche Unternehmen in weiten Bereichen ihre Position. Damit wird die Grundlage sogar für eine Ausweitung von Marktanteilen geschaffen. Gründe hierfür sind insbesondere die gute Qualität der deutschen Produkte und das deutsche Angebot, das speziell im Bereich der Investitionsgüter im Vergleich zu anderen Wettbewerbern besonders breit gefächert und somit besser auf die Bedürfnisse des Weltmarktes zugeschnitten ist.

## Zum Thema Renten und Pensionen

**Zum Thema Renten und Pensionen erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:**

1. Die Koalition wird in diesem Herbst die Details für die gesetzliche Rentenversicherung festlegen; ein entsprechender Gesetzentwurf wird zum Jahresende vorgelegt werden. Die Vorarbeiten sind auf gutem Wege.
2. Auf dem Hintergrund der im Herbst vorliegenden Details der Rentenstruktur-

reform wird sicher darüber zu reden sein, ob und inwieweit vergleichbare Tatbestände des einen Bereichs zu vergleichbaren Regelungen in anderen Bereichen führen müssen, z. B. bei der Anerkennung von Zeiten der Ausbildung oder der langfristigen Gestaltung der Altersgrenzen, denn die demografische Entwicklung berührt alle Alterssicherungssysteme.

3. Eine Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung steht überhaupt nicht zur Diskussion: Die Beamtenversorgung bleibt ein eigenständiges System. Die CDU/CSU-Fraktion hält daran ebenso fest wie am Berufsbeamtenamt. Alle Versuche der SPD, daran auf dem einen oder anderen Wege etwas zu ändern, sind zum Scheitern verurteilt.

# Wohlstandsgewinne für alle Schichten der Bevölkerung

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren hat entscheidend zu den deutlichen Wohlstandsgewinnen beigetragen, die für alle Schichten der Bevölkerung erzielt werden konnten.

Klare Fakten — so MdB Matthias Wissmann — belegen diese positive Entwicklung:

- Die **Preissteigerungsraten** liegen seit 1983 bei durchschnittlich 1,6 Prozent. Das entspricht etwa dem Niveau der 50er und 60er Jahre (1,7 Prozent), während die Raten zwischen 1970 und 1982 jahrsdurchschnittlich bei 5,1 Prozent lagen. Diese Entwicklung kommt dem Geldbeutel aller Bürger zugute. Die Reduktion der Inflationsrate von 6,3 Prozent im Jahre 1981 auf etwa 1—1,5 Prozent in diesem Jahr brachte für das reale Geldvermögen der privaten Haushalte rund 120 Mrd. DM.
- Die ersten Stufen der **Steuerreform** 1986/88 hat die Einkommensbezieher um über 24 Mrd. DM entlastet — und zwar netto, ohne Gegenfinanzierung! Die Deutsche Bundesbank hat in ihrem Bericht vom März 1988 die positive Wirkung dieser Entlastung auf die Binnenkonjunktur ausdrücklich betont.
- Die **Realeinkommen** verzeichneten in den letzten 2½ Jahren den stärksten Anstieg seit Ende der 70er Jahre. Seit dem 2. Halbjahr 1985 bis Ende 1987 ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um real 8,5 Prozent gewachsen. Für 1988 ist eine weitere Steigerung um 3,5—4,5 Prozent zu erwarten, das sind rund 50 Mrd. DM.

● Auch die seit 1982 betriebene **Vermögensbildung** zeigt eine positive Bilanz. Bei hoher Preisstabilität und wachsenden Einkommen wurden nicht nur die Konsumausgaben kräftig ausgeweitet, auch das private Sparaufkommen stieg zusätzlich an. 1987 erhöhte es sich gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent auf über 173 Mrd. DM. 1982 betrugen diese Ersparnisse aus dem laufenden Einkommen lediglich 147,3 Mrd. DM.

Bei genauerem Hinsehen zeigt es sich, daß die unionsgeführte Regierung eine Politik des Wohlstandes für die Bürger betreibt.



## Gute Besserung

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat eine neue Broschüre über die geplante Reform unseres Gesundheitswesens in Form einer Schnellinformation herausgegeben. Sie ist zu bestellen beim Bundesarbeitsministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, 5300 Bonn 1.

## Abhängigkeit vom Export nicht zu bremsen

Die Exportabhängigkeit der Bundesrepublik und des Bundeslandes Baden-Württemberg ist nach Auffassung des Stuttgarter Regierungschefs Lothar Späth (CDU) „nicht zu mindern, weil es für den Export keine Alternative auf dem Binnenmarkt gibt“. Späth vertrat die Auffassung, daß etwa Baden-Württemberg, dessen Wirtschaft aufs engste mit dem Ausland verflochten ist, „noch exportabhängiger wird“.

# Kritik der SPD läuft ins Leere

**Zur Vorlage des neuen OECD-Deutschlandberichtes erklärt die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, Christa Thoben:** Die deutsche Wirtschaft ist auf dem richtigen Weg, die Strategie der Steuerensenkungen wirkt positiv, wir haben kräftigeres Wachstum als erwartet.

Mit diesen Feststellungen im jüngsten OECD-Deutschlandbericht sind nicht nur die Wachstumspessimisten widerlegt, die schon seit Jahren den Niedergang der deutschen Wirtschaft vorhersagen, sondern auch die Kritik der SPD an der angebotsorientierten Politik der CDU-geführten Bundesregierung läuft ins Leere.

Gute Noten werden der Finanzpolitik der Bundesregierung ausgestellt: die Ausweitung der Nettokreditaufnahme des Bundes bezeichnet die OECD nicht als besorgniserregend, da angesichts der Konsolidierungserfolge der Bundesregierung der Anteil der Staatsverschuldung am Sozialprodukt deutlich unter dem zu SPD-Zeiten liegt.

Die SPD kann aus dem Report keinen Honig saugen. Nachfrageprogrammen wird eine klare Absage erteilt. Mit ihren Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich, die über den Produktivitätsspielraum hinausgehen, bringt die SPD nicht nur das Wachstum in Gefahr, sondern schadet letztlich den Arbeitslosen. Auch hier folgt ihr die OECD nicht.

Die Angebotspolitik der CDU-geführten Bundesregierung muß fortgesetzt werden. Dazu brauchen wir konsequente Deregulierung für mehr Wachstum und Beschäftigung und eine Investitionsoffensive der

Unternehmen. Hier ist das Signal der Bundesregierung klar: eine Reform der Unternehmensbesteuerung wird in der nächsten Legislaturperiode folgen.

Deregulierung heißt aber auch — vor allem an die Adresse der Tarifpartner — mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, das heißt, Differenzierung der Löhne in regionaler und sektoraler Hinsicht, denn so gibt es bessere Chancen für Arbeitslose.

## Neu im Angebot

### Zum Thema Europa

Die Dokumentation „Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft in der EG“ aus dem Uid 22 vom 8. Juli 1988 ist auch in größeren Mengen über das IS-Versandzentrum zu beziehen. Die Erfolge der deutschen Ratspräsidentschaft sind wichtige Argumente für den im nächsten Jahr anstehenden Europawahlkampf. Trotz vieler anderer aktueller Themen sollten sie in unserer Öffentlichkeitsarbeit nicht untergehen. Die Dokumentation ist sowohl für die eigenen Mitglieder interessant, die sich argumentativ auf den Europawahlkampf vorbereiten wollen als auch zur Verteilung an interessierte Mitbürger geeignet.

Bestell-Nr.: 5096

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM  
zuzüglich MwSt.

Bestellungen über das  
**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 1328**  
**4804 Versmold**

Delors-Brief an die Deutschen:

# Zur Europäischen Gemeinschaft gibt es keine Alternative

Jacques Delors, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, hat folgenden Brief an die deutschen Mitbürger der Europäischen Gemeinschaft gerichtet:

„Liebe deutsche Mitbürger der Europäischen Gemeinschaft!

Die EG, die Gemeinschaft aus zwölf europäischen Staaten, hat einen neuen Impuls erhalten: Bis Ende 1992 soll der europäische Binnenmarkt Wirklichkeit werden.

Nach Jahren der Skepsis und der Gleichgültigkeit hat die Aussicht auf eine Gemeinschaft ohne Binnengrenzen neue Begeisterung für Europa geweckt. Wichtiger aber ist dies: Die kühlen Rechner in der europäischen Wirtschaft zeigen durch ihre wachsende Dynamik, daß sie an eine Verwirklichung eines europäischen Marktes mit über 320 Millionen Verbrauchern glauben.

Zwölf Thesen sollen nachweisen, warum dieses neue begeisternde Ziel vor allem Sie, die Bürger, angeht:

1. Der europäische Binnenmarkt ist der größte einheitliche Wirtschaftsraum in der westlichen Welt. Er ist größer als der der USA oder Japans. Eine solche europäische Wirtschaftsmacht wird in der Welt, in West und Ost, ernst genommen. Im Schutze dieses Ansehens werden Sie weniger unter den Turbulenzen der Weltwirtschaft zu leiden haben.

2. Der europäische Binnenmarkt schafft Wohlstand und damit auch Arbeitsplätze. Wenn alle von uns geplanten Maßnahmen rechtzeitig in die Tat umgesetzt werden, dann wird die Gemeinschaft in den neunzi-

ger Jahren ein Wachstum von zusätzlich sieben Prozent erwirtschaften können. Dies schafft Arbeitsplätze — Fachleute rechnen mit einem Zuwachs bis zu fünf Millionen.

3. Die Kosten für die gemeinsamen Aufgaben der EG werden keineswegs nur von den Deutschen aufgebracht. Mehr Wohlstand und mehr Arbeit in ganz Europa werden natürlich die finanziellen Lasten für die EG auf mehr Staaten verteilen als heute. Der europäische Binnenmarkt wird also den deutschen Steuerzahler entlasten.

4. Wenn Unternehmen in der gesamten Gemeinschaft unbeschränkt um die Gunst des Verbrauchers werben können, wird der Wettbewerb größer. Wettbewerb belebt das Geschäft, und er kommt Ihnen, dem Verbraucher, zugute. Das Angebot wird reichhaltiger zu angemessenen Preisen.

5. Die EG ist eine Gemeinschaft der Solidarität. Die Reichen helfen den Armen. Weit über 200 Milliarden Mark stellt die Gemeinschaft in den kommenden vier Jahren bereit. Dieses Geld soll vor allem den ärmeren Regionen im Süden helfen. Diese Mittel werden auch zur Hilfe für die von industriellen Strukturproblemen betroffenen Regionen und im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in ganz Europa — also auch in Deutschland — eingesetzt.

6. Die wachsende Industrialisierung Europas wird für uns nur dann segensreich sein können, wenn wir gleichzeitig unsere Umwelt schützen und verbessern. Zwar noch langsam, aber immer spürbarer zeigen sich die EG-Partner der Bundesrepublik vom deutschen Umweltbewußtsein beeindruckt. Die Umwelt des einzelnen

kann nur von allen Europäern gemeinsam bewahrt werden.

**7. Die Agrarpolitik der Gemeinschaft** berücksichtigt die umwelt- und regionalpolitischen Auswirkungen. Die Reform dieser Politik will den gemeinsamen ländlichen Raum erhalten und schützen sowie die Zukunft des bäuerlichen Familienbetriebes sicherstellen.

**8. Ohne Forschung gibt es keine industrielle Zukunft.** Nur dann wird die Europäische Gemeinschaft im Kampf um die Weltmärkte von morgen bestehen können. Deswegen fördert die Gemeinschaft eine europäische Forschung mit einer ganzen Reihe von Programmen. Allerdings schütten wir das Geld auch hier nicht mit der Gießkanne aus. Viele, die sich an unseren Forschungsprogrammen beteiligen wollen, müssen die Hälfte der Kosten selber tragen und mit Forschern und Unternehmen anderer Länder zusammenarbeiten: „Einigkeit macht stark.“

**9. Das Europa des großen Binnenmarktes** gibt dem einzelnen größere Berufsaussichten. Mit der gegenseitigen Anerkennung der Diplome wird jeder wählen können, wo er sich für wie lange ausbilden will. Europas Jugend wird vielsprachig sein. Jeder EG-Bürger wird die Möglichkeit haben, sich in den zwölf EG-Ländern beruflich niederzulassen. Stärker noch wird deswegen jeder die regionale und kulturelle Vielfalt der Gemeinschaft erleben und schätzen. Aus diesem Reichtum schöpfen wir die Kraft für das gemeinsame Ziel.

**10. Ein Europa im Wohlstand ist sich seiner Verpflichtungen gegenüber den ärmeren Ländern bewußt.** Mit Hilfe einer ganzen Reihe von Abkommen und Programmen versucht die Gemeinschaft, den Ländern der Dritten Welt zu helfen, sich selbst zu helfen. Da gibt es noch viel zu tun. Abkommen wie das mit den über 60 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks — die Konvention von Lomé — haben sich

aber schon als Modell für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und der Dritten Welt bewährt.

**11. Die Europäische Gemeinschaft ist mehr als ein Wohlstandsverein.** Es war letztlich das Beispiel der demokratischen EG-Staaten, das die Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien zu Fall gebracht hat. Eine Gemeinschaft, die bei internationalen Verhandlungen mit einer Stimme spricht, kann sich überzeugender für die Demokratie, die Freiheit und die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen. Die EG ist mehr als eine Wirtschaftskraft: sie hat politische Dimension. Sie kann mit den anderen europäischen Staaten im Westen wie auch im Osten unseres Kontinents einen politischen Dialog führen und wirtschaftlich zusammenarbeiten.

**12. Es gibt also für die Europäische Gemeinschaft keine Alternative.** Nur durch wirtschaftliche Macht und politische Geschlossenheit wird die Gemeinschaft attraktiv genug bleiben, um ihren Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas zu leisten. Nur so können wir eine beispielhafte Zone des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands schaffen.“

## Alpen retten

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat sich für eine internationale Konvention zur Rettung und zum Schutz der Alpen eingesetzt. Auf einem Europa-Treffen der Alpinisten in Chamonix verlangte der begeisterte Hobby-Bergsteiger die Einberufung einer Konferenz der sieben Alpen-Anrainerstaaten zur Rettung dieses „bedeutenden Öko-Systems Europas“. Geißler kritisierte die Alpenländer Frankreich und Italien, weil sie sich einem Verbot von Fluorchlor-Kohlenwasserstoffen (FCKW) widersetzen. Dies sei „ein verantwortungsloser Anschlag auf die Lebensgrundlagen der Menschen in Europa“.

Werner Remmers:

# Niedersachsens Beitrag zum Schutz der Nordsee

**Was hilft der Nordsee wirklich? Schneidige Forderungen oder solide Arbeit? Fest steht: Man kann die Belastung der Nordsee nicht einfach „wegfordern“ — konkretes politisches Handeln ist gefragt! Handeln aber bedeutet — zum Beispiel —, daß das Land Niedersachsen in einer Hafenkonferenz am 18. August mit allen Häfen über die weitere Entwicklung der Schiffsentsorgung konferiert und konkrete Schritte in die Wege leitet.**

Dabei geht es um die Entlastung der Nordsee von Öl aus den Schiffen, von Chemikalien, Hausmüll und den Abwässern der Fahrgastschiffe.

Die Bundesregierung hat dank des Einsatzes von Bundesumweltminister Töpfer schon bei der Nordseeschutzkonferenz in London eine Vorreiterrolle gespielt und weniger sensible Anrainerstaaten wie zum Beispiel Großbritannien gedrängt, schneller und durchgreifender Maßnahmen zur Entlastung der Nordsee durchzuführen. Dies betraf insbesondere die Klärschlammverklappung in der Nordsee. Die Bundesregierung hat im Zusammenwirken mit Niedersachsen durchgesetzt, daß die Dünnäsüreverklappung 1989 endgültig aufgegeben wird.

Die Belastung der Nordsee kommt vor allem durch Nährstoffeinträge über die Flüsse zustande. Hier wird Niedersachsen in den nächsten Jahren einen entscheidenden Beitrag zur Verminderung der Nährstoffbelastung durch Weiterentwicklung und bessere Ausrüstung der Kläranlagen leisten. Das Investitionsvo-

lumen aller beteiligten Stellen wird insgesamt rund vier Milliarden Mark betragen. Ziel ist eine deutliche Verringerung der Phosphat- und Nitratbelastung. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß auch der Bürger durch sein eigenes Verhalten zum Schutz der Nordsee beitragen muß. Alle diese Maßnahmen sind nicht zum Nulltarif möglich.

Es ist schließlich notwendig, unsere Fließwässer wieder in einen natürlichen Zustand zu bringen, also die Renaturierung der Gewässer voranzutreiben. Dazu gehört zum Beispiel, daß Randstreifen an den Gewässern gesichert werden, um zu vermeiden, daß Düngemittel einsickern — und dazu gehört auch, daß Überschwemmungsgebiete im Zuge der europäischen Stillegungs-Programme in Grünland umgewandelt werden.

Unerlässlich bleibt auch, daß Bundesumweltminister Töpfer sich durch Enttäuschungen nicht von weiteren Verhandlungen mit DDR und ČSSR abhalten läßt. In seinem Bemühen, die Belastungen der Elbe zurückzufahren, hat er die volle Unterstützung des Landes Niedersachsen.

## Zitat

*„Die Kritik aus der CDU an meiner Person nehme ich hin; ein Parteivorsitzender ist schließlich kein Denkmal. Und außerhalb der Kritik stehen ja sowieso nur diejenigen, die über Politik berichten.“*

Helmut Kohl

# Neues Gesetz entspricht dem Anliegen junger Arbeitnehmer

**Nach der Zustimmung des Bundesrats kann das Gesetz zur Bildung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen nach seiner Verkündung im Bundesgesetzblatt Ende Juli/Anfang August in Kraft treten; die ersten Wahlen nach dem neuen Gesetz finden im Herbst statt.**

Diese gesetzliche Regelung war dringend notwendig, da die Zahl der zur Jugendvertretung wahlberechtigten Jugendlichen unter 18 Jahren aufgrund der Verlängerung der Schulzeiten ständig zurückgegangen ist. Das neue Gesetz trägt dieser Entwicklung Rechnung und entspricht einem jahrelangen Anliegen der jungen Arbeitnehmer, stellt Wolfgang Vogt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, fest.

Im einzelnen wird sich folgendes ändern:

- Die Altersgruppe für die Wahl von Auszubildenden in die Jugend- und Auszubildendenvertretung wird auf 25 Jahre angehoben. Wer während der Amtszeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung das 25. Lebensjahr vollendet, bleibt bis zum Ende der Amtszeit weiterhin Mitglied der Vertretung.
- Um die Chancen von Minderheiten zu verbessern, wird die Jugendvertretung — wie der Betriebsrat — nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Nur wenn lediglich ein Wahlvorschlag eingereicht wird oder die Jugend- und Auszubildendenvertretung nur aus einer Person besteht, soll die Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl erfolgen.

● Vor oder nach jeder Betriebsversammlung kann die Jugend- und Auszubildendenvertretung eine eigene Jugend- und Auszubildendenversammlung einberufen. Wenn Betriebsrat und Arbeitgeber einverstanden sind, kann eine solche Versammlung auch zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden.

- Die Zahl der Jugend- und Auszubildendenvertreter erhöht sich in Großunternehmen mit über 300 Jugendlichen von bisher neun auf maximal 13.
- Gewählt werden die Jugend- und Auszubildendenvertretungen regelmäßig alle zwei Jahre in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November.

Nichts ändert wird sich an der Tatsache, daß auch die neue Jugend- und Auszubildendenvertretung — wie die jetzige Jugendvertretung —, ein Organ sein wird, das dem Betriebsrat zuarbeitet.

## Senioren-Union in Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz gibt es jetzt einen Seniorenverband der CDU. Bei einer Versammlung im Bürgerhaus Mainz-Lerchenberg gründeten 142 Delegierte aus den bereits bestehenden Bezirks- und Kreisverbänden diese neue Vereinigung, die offiziell den Namen Senioren-Union der CDU, Landesverband Rheinland-Pfalz, trägt. Bei den Wahlen zum Landesvorsitzenden erhielt Heinz Korbach (Koblenz) 116 von 124 abgegebenen Stimmen. Stellvertretende Vorsitzende wurden Edith Nebe (Mainz-Stadt), Johann Baptist Rösler (Mainz-Bingen) und Heinrich Holkenbrink (Trier).

# Neue Grundsätze für Humanisierung des Arbeitslebens

Im Herbst 1987 gab es lebhafte Diskussionen im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages um die bis dahin gültige Praxis bei der Gewährung von Forschungsgeldern für Forschungsvorhaben zur „Humanisierung des Arbeitslebens“. Im Haushaltsausschuß wurden damals von uns schwere Bedenken gegen einzelne Zuwendungsempfänger, geförderte Projekte und Prozentsatz der Förderung erhoben. Um diese Bedenken auszuräumen und die Praxis zu verbessern, kürzte der Haushaltsausschuß den Ansatz um 11 Mio. DM und sperrte 9,5 Mio., so daß noch 90,5 Mio. DM verfügbar blieben.

Die Haushaltsgruppe hat auf Antrag der Koalition jetzt beschlossen, die weiteren 9,5 Mio. DM zu entsperren, nachdem das Ministerium deutlich gemacht hat, daß den Bedenken des Ausschusses gefolgt wird und eine grundsätzliche Überarbeitung der Förderkriterien erfolgt.

„Nachdem in der Vergangenheit die öffentliche Hand, Banken und Versicherungen, finanzstarke Verbände wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverband, sich bis zu 100 % der Kosten für organisatorische Verbesserungen in ihrem Bereich bewilligen ließen und Vorhaben der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie überwiegend Umsetzungsprojekte finanziert wurden, gibt es jetzt eine Wende, stellt MdB Dietrich Austermann fest.“

Der Bund wird ein neues Programm „Arbeit und Technik“ entwickeln, in dem Forschungsvorhaben gefördert werden, deren Ziel ein besserer Schutz der

Gesundheit am Arbeitsplatz durch Abbau und Abwehr von Belastungen und die menschengerechte Gestaltung neuer Techniken ist. Dabei geht es um den Abbau klassischer Belastungen wie Lärm, Schadstoffe, Kälte, und die Vermeidung arbeitsbedingter Erkrankungen (Krebsrisiken, Allergien, Rheuma).

Neue Richtlinien gibt es für Branchenprojekte. Die Zahl der betrieblichen Modelle wird reduziert. Bundes- und Landesbehörden werden nicht mehr gefördert. Die Förderung von Großunternehmen ist nur dann gerechtfertigt, wenn neuartige Fragestellungen mit vertretbarem Aufwand ausschließlich bei Großunternehmen durchgeführt und die Ergebnisse auf kleine und mittlere Betriebe übertragen werden können. Kleinen und mittleren Betrieben soll vorrangig bei Problemlösungen geholfen werden.

Die Umsetzung erforschter Ergebnisse darf nicht mehr stärkeres Gewicht haben, als die Forschung selbst. Die Mittel dafür werden auf 10 % der Gesamtausgaben begrenzt. Die Förderung wird grundsätzlich auf einen Regelsatz von 50 % begrenzt und muß zeitlich befristet sein.

Damit steht fest, daß die Kritik der Gewerkschaften unbegründet ist. Das Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“ wird nicht beendet. Aber es wird so gestaltet, wie es thematisch geboten ist und wie der Steuerzahler es erwartet. Mit seinem Geld wird verantwortlicher und zielgerichteter umgegangen. Der neue Name „Technik- und Arbeitswelt“ ist Programm und Verpflichtung für das Parlament und das Forschungsministerium“.

# Auch in den nächsten Jahren steigen die kommunalen Steuereinnahmen

**Es besteht kein Grund zur Schwarzmalerei erklärte Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), auf einer Pressekonferenz in Bonn zur aktuellen Finanzsituation der Städte und Gemeinden.**

Die KPV — so Waffenschmidt — begrüßt die Verabschiedung der Steuerreform im Bundestag und Bundesrat. Die Entlastung von Bürgern und Betrieben und insbesondere der neue bessere Steuertarif sind eine entscheidende Grundlage für eine weitere günstige wirtschaftliche Entwicklung.

Eine günstige wirtschaftliche Entwicklung ist die beste Initiative für die kommunalen Kassen, denn sie sichert stetige und wachsende Einnahmen. Das mangelnde wirtschaftliche Wachstum in der Endphase der SPD-geführten Bundesregierung führte zu den größten kommunalen Defiziten in der Bundesrepublik, z.B. 1981 in der Höhe von rd. zehn Mrd. DM!

Auch in den nächsten Jahren werden die kommunalen Steuereinnahmen steigen, die Zuwachsrate werden sich nur abschwächen. Nach Schätzung des Deutschen Städtetages werden die kommunalen Steuereinnahmen unter Berücksichtigung der Steuerreform 1990 von 66,65 Mrd. DM im Jahre 1988 auf 76,0 Mrd. DM 1992 ansteigen!

Die vorliegenden Ergebnisse aus dem ersten Halbjahr 1988 lassen erwarten, daß das Ergebnis günstiger sein wird.

Schwierig ist die Finanzsituation der strukturschwachen Städte, Gemeinden und Kreise. Hier sind nunmehr die Länder nachdrücklich aufgefordert zu helfen, denn sie erhalten erhebliche Mittel vom Bund:

■ Ab 1988 hat der Bund die Bundesergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder von 1,5 v. H. auf 2 v. H. des Umsatzsteueraufkommens erhöht. Im Jahre 1988 betragen sie rd. 2,5 Mrd. DM und liegen damit um fast 700 Mio. DM über dem Vorjahresbetrag; bis 1991 werden die Mehrleistungen des Bundes auf über eine Mrd. DM jährlich steigen.

■ Strukturschwache Länder erhalten ab 1989 zusätzliche Bundesfinanzhilfen für Investitionen in Höhe von jährlich rd. 2,4 Mrd. DM (Albrecht-Initiative).

**Zusätzlich hat der Bund weitere Hilfen bereitgestellt:**

■ Auf der Grundlage der wachstumspolitischen Beschlüsse der Bundesregierung vom 2. Dezember 1987 stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau den Kommunen in den Jahren 1988 bis 1990 zinsgünstige Investitionsdarlehen von insgesamt 15 Mrd. DM bereit. Für Gebiete mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit werden Kredite zu besonders günstigen Konditionen angeboten (höherer Finanzierungsanteil, fünf tilgungsfreie Jahre, längere Kreditlaufzeit). Das Programm läuft sehr gut. Schon Ende Mai 1988 waren rd. drei Mrd. DM der fünf Mrd. DM für 1988 in Anspruch genommen.

■ Der Bund beteiligt sich entsprechend der Zusage des Bundeskanzlers in der Ruhrgebietskonferenz am 24. Februar 1988 u. a. mit 500 Mio. DM an einem Sonderprogramm für die Montanregionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

■ Das Städtebauförderungsprogramm erhält für die Jahre 1988 bis 1990 weitere zwei Mrd. DM an Zuschüssen des Bundes.

# Die Baumeister-Medaille



Eine neue repräsentative Medaille, die sich zur Ehrung für verdiente CDU-Mitglieder und Jubilare und als Geschenk für viele verschiedene Anlässe eignet, bietet die Bonner Werbe-GmbH an.

Vor 40 Jahren wurde die DM in den damaligen westlichen Besatzungszonen Deutschlands und im Westsektor Berlins neue Währung.

Ludwig Erhard, der damalige Wirtschaftsdirektor des „Vereinigten Wirtschaftsgebiets“ und spätere Bundeskanzler, nutzte die einmalige Chance: Er verband die Währungsreform mit der Abschaffung der Bewirtschaftung. Von einem Tag auf den anderen verschwand der Schwarzmarkt mit seiner Zigarettenwährung. Die Menschen konnten für ihr erarbeitetes Geld endlich wieder Waren kaufen. Damit war der Grundstein für den Wiederaufbau unseres zerstörten Landes gelegt.

Den „Baumeistern“ der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt-Georg Kiesinger und Helmut Kohl ist in Erinnerung an die Währungsreform eine Medaille gewidmet.

Zugleich wird an das 40jährige Bestehen der Bundesrepublik im Jahre 1989 erinnert. Die Vorderseite der Medaille symbolisiert den Wiederaufbau und auf der Rückseite sind die Namen der Bundeskanzler der CDU und das Signet der Partei eingraviert.

Die Ausführung in spiegelglanzgeprägtem Feinsilber 999 hat einen Durchmesser von 40 mm. Der Preis einschließlich passendem Etui beträgt inkl. Versandkosten und MwSt. 80,— DM. Eine Prägung in Bronze, patiniert und mit einem Durchmesser von 40 mm, kostet einschließlich Etui und MwSt. 16,50 DM, zuzüglich Versandporto. Bestellungen können direkt aufgegeben werden bei:

**Bonner Werbe-GmbH,**  
**Abt. Vertrieb,**  
**Konrad-Adenauer-Haus,**  
**5300 Bonn 1,**  
**Telefon (02 28) 5 44-2 29.**

**Jetzt für Aktionen  
einplanen:**

# OLYMPIA '88

## Super-Olympia-Kalender mit Riesen-Spielposter

Das internationale Großereignis, was direkt nach der Sommerpause auch die Aufmerksamkeit der Bundesbürger fesseln wird, sind zweifelsfrei die Olympischen Sommerspiele in Seoul. Der CDU-Olympia-Kalender informiert hierüber umfassend. Auf einen Blick finden Sie Tag und Uhrzeit der Entscheidungen in allen 23 Sportarten, und zusätzlich bietet sich Platz für eine vollständige Medaillenliste. Eine prima Sache also für Clubheime, Lokale und für zu Hause.

Die 16 DIN-A4-Seiten sollen aber zusätzlich zu eigenen Aktionen anregen.

Das CDU-Olympia-Marathon, ein mit viel Liebe zum Detail entwickeltes Würfelspiel in Posterform, bereitet nicht nur auf Kinderfesten, sondern auch bei Nachbarschaftstreffen oder in gemütlicher Runde zu Hause jung und alt viel Freude.

11 Aktionstips zum Mitmachen bringen Sie fit durch die olympischen Wochen, und beim CDU-Olympia-Quiz kann man mit etwas Glück und Wissen eine Fahrt quer durch Deutschland zu einer Sport-Großveranstaltung nach Wahl gewinnen.

Nebenbei informiert der Kalender über die Geschichte der Olympischen Spiele und präsentiert vergangene Sommerolympiaden kurzgefaßt. Ein Leckerbissen also für alle Sportinteressierten!

Unser Olympia-Kalender kann ab sofort über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, bezogen werden.

Bestell-Nr.: 8066

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM  
zuzüglich MwSt.



### Liebe Sportfreunde,

nicht immer kann man ein Rennen für sich entscheiden. Gerade bei Olympischen Spielen zählt die Teilnahme oft mehr als der Sieg. So werden auch in Seoul die Gespräche rund um die Sportarenen viel zur Völkerverständigung beitragen. „Live“ können wir auch diesmal wieder fast alle Entscheidungen am Bildschirm miterleben.

Das CDU-Olympia-Poster ist hierbei ein guter Wegweiser durch die Wettkampfwochen, bietet zudem Unterhaltung und Information und gibt zahlreiche Fitness-Ratschläge.

Ich wünsche Ihnen daher eine aktive Olympiazeit!

Ihr

Thomas Wessinghage

Dr. Thomas Wessinghage



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# Liebe Autofahrer, bitte Vorsicht!



Schule hat begonnen.



Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**

## Jetzt schon an das Ferienende denken

DIN-A1-Plakat „Schule hat begonnen“

Schon Ende Juli sind in einigen Bundesländern in diesem Jahr die Sommer-Schulferien wieder zu Ende. Der Schulalltag beginnt. Gerade für motorisierte Verkehrsteilnehmer ist dann speziell in den ersten Tagen nach Schulbeginn erhöhte Vorsicht geboten, ganz besonders natürlich bei Schulanfängern, die sich noch nicht so gut im Straßenverkehr auskennen. Mit dem DIN-A1-Plakat „Schule hat begonnen“ signalisiert die CDU auf freundliche Art und Weise und zudem ohne erhobenen Zeigefinger, auf was es dabei ankommt: So umsichtig zu fahren, daß kein anderer Verkehrsteilnehmer gefährdet wird.

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM  
zuzügl. MwSt.  
Bestell-Nr.: 8984

# UID

23/88

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokontor Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.